

München, 11.05.2021

Bayern muss Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" mit bayerischen Mitteln ergänzen

SPD-Fraktionschef Horst Arnold: Lernrückstände aufholen, frühkindliche Bildung und außerschulische Angebote fördern

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Horst Arnold** fordert ein bayerisches Aktionsprogramm für Kinder und Jugendliche. Dafür soll das in der vergangenen Woche vorgestellte Bundesprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" um zunächst 300 Millionen Euro aus bayerischen Mitteln aufgestockt werden. "Wir sehen gerade, wie gravierend sich die Corona-Krise auf Kinder und Jugendliche auswirkt: Viele können nicht am Digitalunterricht teilnehmen und haben massive Lernrückstände, nicht wenige leiden unter seelischen Problemen und entwickeln körperliche Beschwerden, weil die Sportvereine zu sind. Die Staatsregierung fokussiert sich derzeit mehr schlecht als recht auf die Krisenbewältigung. Es ist aber höchste Zeit für wirksame Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Das Geld des Bundes muss schnell und wirksam eingesetzt werden und Bayern muss noch was drauflegen", erklärte Arnold heute (11. Mai) bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag. Das am 5. Mai beschlossene Bundesprogramm ist insgesamt mit zwei Milliarden für die Jahre 2021 und 2022 ausgestattet.

Das bayerische SPD-Programm besteht aus drei Säulen: Zusätzliche 150 Millionen Euro sollen in den Bildungsbereich fließen, um Lernrückstände abzubauen. Ein Förderkonzept soll sicherstellen, dass die pandemiebedingten Defizite erfasst, bearbeitet und behoben werden. Grundlage dafür sind Leistungsstanderhebungen. Der Abbau von Lerndefiziten sei vor allem durch das System Schule zu leisten und dürfe nicht komplett auf Einzelnachhilfe hinauslaufen, so Arnold.

Weitere 75 Millionen Euro sind für die individuelle Förderung in der frühkindlichen Bildung geplant. Hier sieht der Bund verstärkte Sprachförderung und den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Kinder aus besonders belasteten Familien vor. "Das muss von bayerischer Seite unbedingt flankiert werden", fordert der SPD-Fraktionschef. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die im Bundesländervergleich schlechten Rahmenbedingungen in den Kitas im Freistaat.

75 Millionen Euro schlägt die SPD für Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote vor. "Es ist erfreulich, dass der Bayerische Jugendring im Auftrag des Kultusministeriums zusätzliche Angebote für die Pfingst-, Sommer-, und Herbstferien macht. Uns ist aber wichtig, dass die Akteure der Jugendarbeit dafür vom Freistaat die nötige Unterstützung erhalten", sagt der

SPD-Fraktionschef. Es sei notwendig, in ganz Bayern Angebote für Kinder und Jugendliche jeden Alters bereitzustellen. Und: Bayern sollte auch die außerschulischen Angebote zur Unterstützung im Alltag ausbauen.

[Handout zur Pressekonferenz](#)